

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera
Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte
Band: 20 (1970)
Heft: 3

Buchbesprechung: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Serie B: 1925-1933, Bd. I, 2: August bis Dezember 1926. Deutschlands Beziehungen zu Frankreich, Grossbritannien, Belgien sowie deutsche Entwaffnung, Reparationen, Völkerbund und internationale Abrüstung "[...]" Bd. II, 1: Dezember 1925 bis Juni 1926. Bd. II, 2: Juni bis Dezember 1926. Deutschlands Beziehungen zur Sowjet-Union, z...
Autor: Schneider, Boris

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weimarer Republik. Man darf wohl sagen, daß der gediegene und erfolgreiche Vertreter hanseatischer Kaufmannstraditionen auf dem ihm ungewohnten politischen Parkett in den Ruhrkampf schlitterte, tragisch scheiterte und sich nach neun Monaten resigniert in seine alte Wertschaftsposition zurückzog. Vielleicht mußte das deutsche Volk am eigenen Leib die Wirkungen von passivem Widerstand und Inflation erleben, um beide abzulehnen, so daß Stresemann in seinen hundert Tagen zur Liquidierung dieser Probleme schreiten konnte.

Zürich

Boris Schneider

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie B: 1925–1933, Bd. I, 2: August bis Dezember 1926. Deutschlands Beziehungen zu Frankreich, Großbritannien, Belgien sowie deutsche Entwaffnung, Reparationen, Völkerbund und internationale Abrüstung. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1968. XLVI/712 S. – Bd. II, 1: Dezember 1925 bis Juni 1926. Bd. II, 2: Juni bis Dezember 1926. Deutschlands Beziehungen zur Sowjet-Union, zu Polen, Danzig und den baltischen Staaten. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1967. XLVIII, 543 + XLII, 555 S. – Bd. III: Dezember 1925 bis Dezember 1926. Deutschlands Beziehungen zu Süd- und Südosteuropa, Skandinavien, den Niederlanden und zu den außereuropäischen Staaten. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1968. XLVIII/560 S. (Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes. 16 Herausgeber.)

Seit 1950 veröffentlichen die demokratischen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges Akten des deutschen Außenministeriums: eine Reihe D der Akten des Auswärtigen Amtes für die Jahre von 1937 bis 1941 in elf Bänden, eine Reihe C für den Zeitraum 1933 bis 1937 (nur in englischer Sprache), eine Serie A, bis jetzt nur geplant, für die Jahre 1918 bis 1925, außerdem eine Reihe B, in der die deutsche Außenpolitik vom Dezember 1925 bis zur Machtergreifung Hitlers dokumentiert werden soll. Der erste Band dieser Reihe ist 1967 erschienen (siehe SZG 20. 1970. 1/2, S. 213–216). Seither sind weitere Bände veröffentlicht worden, und zwar Band I, 2. Abteilung, Band II, 1. und 2. Abteilung, Band III. Die in chronologischer Abfolge meist vollständig publizierten Akten werden in einem Verzeichnis der Dokumente nach Sachgruppen wie «Abrüstung», «Belgien/Eupen-Malmedy», «Internationales Eisenkartell» usw. zusammengekommen und im Regest vorgestellt. Im Anhang finden sich z. B. bei Band I, 2 ein Terminkalender Stresemanns für die Völkerbundsversammlung im September 1926 in Genf, ein Geschäftsverteilungsplan des Auswärtigen Amtes, die Zusammensetzung der Reichsregierung, ferner wie in allen Bänden ausführliche, sorgfältig gestaltete und informative Personenverzeichnisse, die allerdings leider auf die Nummern der oft umfangreichen Dokumente hinweisen statt auf die Seitenzahl.

In Band B I, 2, der den Zeitraum von August bis Dezember 1926 umfaßt, werden Deutschlands Beziehungen zu den Westmächten dokumentiert. Den Mittelpunkt bildet das Gespräch zwischen Briand und Streseman in Thoiry am 17. 9. 1926, wo es darum ging, nach dem erfolgten Eintritt Deutschlands in den Völkerbund das deutsch-französische Verhältnis auf eine neue Grundlage zu stellen. Andere Probleme der deutschen Politik werden ebenfalls ausführlich belegt, so etwa die Rheinland-Besetzung, Fragen deutscher Minderheiten, Handelsvertragsverhandlungen usw.

Absoluter Höhepunkt der deutsch-französischen Verständigung bildete das Geheimgespräch in Thoiry vom 17. 9. 1926. Es fand nach der eher schwierigen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund statt und sollte das deutsch-französische Verhältnis gründlich verbessern. In seinen Aufzeichnungen betont der deutsche Außenminister Streseman die Einstellung seines französischen Kollegen Briand, «daß Teillösungen gar keinen Zweck hätten, weil sie immer wieder Gefahren in sich bürten. Er habe die Absicht, über die Gesamtlösung aller Fragen, die zwischen Deutschland und Frankreich ständen, zu sprechen, und bäte mich [Streseman], ihm offen zu sagen, ob wir Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiet ebenfalls entgegenkommen könnten, wenn diese Frage gelöst würde. Er denke damit nicht nur an die Rückgabe des Saargebiets, sondern an die Aufhebung der Rheinlandbesetzung» (Serie B, Band I, Abteilung 2, Dokument 94, Seite 203). Streseman wünschte ferner die Aufhebung der sog. Militärkontrolle, welche die Befolgung der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages zu überprüfen hatte (I 2 D. 94 S. 204/5). Die kräftige deutsche Finanzhilfe sah den Rückkauf der Saargruben für 300 Millionen Goldmark vor, ferner Anleihen bis zu anderthalb Milliarden. Aber schon vor Thoiry war Briands Position geschwächt und damit seine Ausgleichspolitik bedroht. In einem Gespräch in Berlin im August 1926 hatte der französische Geschäftsträger André Lefebvre de Laboulaye Streseman gebeten, er möge «auch Verständnis haben für die schwierige Lage, in der sich Herr Briand befindet» (I 2 D. 55, S. 116). Der deutsche Außenminister antwortete laut seinen Aufzeichnungen: «Ich bemerkte noch einmal, daß ich dafür durchaus Verständnis hätte, denn ich konnte ja die Zusammensetzung des französischen Kabinetts und sei auch einmal in einem Kabinet mit Deutschnationalen gewesen, um zu wissen, was es heißt, mit den Herren Barthou, Tardieu und Poincaré zu kämpfen» (a. a. O.). Die deutsche Diplomatie gelangte in den Besitz eines von einem Beamten des französischen Finanzministeriums an die Redaktion des «Matin» geschickten Briefes, der weitere Aufschlüsse über die Spannungen innerhalb der französischen Regierung offenbarte: «... Briand pouvait répondre à ses critiques que la conférence des Ambassadeurs avait opiné qu'en quelques mois, l'Allemagne avait fait de plus grands progrès vers le désarmement que pendant les années qui se sont écoulées depuis Versailles, et que le gouvernement actuel montrait beaucoup de bonne volonté. Mais il restait à Poincaré comme planche de salut les généraux. Le Maréchal Foch

a ce matin remis . . . un aide-mémoire dans lequel il énumère les défaillances allemandes en matière d'armements et y ajoute une série tout à fait formidable de faits qui démontreraient au contraire que l'Allemagne se prépare activement à une action militaire» (I 2 D. 196 S. 467). Diesen Schwierigkeiten trug Briand durchaus Rechnung. So äußerte er sich in Thoiry: «Was mich beunruhigt, . . . sind die nationalen Organisationen in Deutschland. Was ist das für ein Skandal mit dem ‚Stahlhelm‘! Dieser ‚Stahlhelm‘ gibt ein Instruktionsbuch heraus mit genauen Vorschriften über militärische Ausbildung, Ausbildung im Schießen, Manöverbewegungen usw. Selbstverständlich legen mir meine Militärs dann solche Sachen vor und werfen mir vor, daß ich Deutschland nur mit den Augen des Politikers sehe und nicht erkenne, was sich in Deutschland in Wirklichkeit vorbereite. Warum werden solche Dinge nicht von der deutschen Regierung unterdrückt?» (I 2 D. 94 S. 205). Stresemann spielte die Angelegenheit herunter. Er zitierte Reichswehrminister Geßler, «der alte Soldat habe seine gute Stellung bei den Mädchen gehabt, weil er ihnen dreierlei gebracht hätte: Militärmusik, Uniform und Liebe. Die Republik habe in Deutschland keine Rücksicht auf die psychologischen Bedürfnisse der Masse genommen. Sie erstarrt im langweiligen schwarzen Gehrock. Die Menschen wollen Buntheit, Freude und Bewegung, daher die Erfolge des ‚Stahlhelms‘ auf der einen Seite und des ‚Reichsbanners‘ auf der anderen Seite» (I 2 D. 94 S. 206).

Es zeigte sich sehr bald, daß die in Thoiry in Aussicht genommene Generalvereinigung nicht zu verwirklichen war. Weder Briand noch Stresemann waren imstande, ihre Regierungen für die Vorschläge zu gewinnen. Je mehr es Poincaré im Laufe des Jahres 1926 gelang, die französische Währung zu festigen, desto mehr geriet Briand in die Isolierung. Und die Klagen über die Verletzungen der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages waren nicht dazu angetan, die Franzosen zu bestimmen, ihre Trümpfe für einige Silberlinge aus der Hand zu geben. Aber auch Stresemann stieß auf Opposition, bei der Reichswehr und im Kabinett. Sein Parteifreund, Reichswirtschaftsminister Julius Curtius, fühlte sich übergangen. «Wir müssen es uns alle gefallen lassen, daß wir von der Außenpolitik und dem Herrn Außenminister wie Schachfiguren hin- und hergeschoben werden» (I 2 D. 95, S. 232). Über die Reichswehr weiß zwar der Staatssekretär des Auswärtigen, Carl von Schubert, eine Äußerung des Generals von Pawelsz, deutscher Vertreter bei der interalliierten Militär-Kontrollkommission, zu berichten, «man soll sich nicht beeindrucken lassen, wenn General von Seeckt große Reden» hielt (I 2 D. 124 S. 292) und es sei notwendig, «daß unbedingt vor allen Dingen der passive Widerstand des Reichswehrministeriums gebrochen» werde (I 2 D. 124, S. 293), aber Stresemann konnte sich gegenüber der Reichswehr nicht durchsetzen, sonst hätte er gewiß nicht hingenommen, daß das Reichswehrministerium seine Telefongespräche abhörte (II 1 D. 58 S. 168, Fußnote 5).

Mit der Reichswehr hatte sich die Reichsregierung auch sonst oft aus-

einanderzusetzen. Einerseits protestierte z. B. der preußische Ministerpräsident Otto Braun, daß bei Offiziersaspiranten nicht die Referenzen um Auskunft gebeten würden, sondern die rechtsradikale Organisation «Wehrwolf» (I 2 D. 168 S. 393). Andererseits erregte die Presse mit ihren Veröffentlichungen über die Übertretungen der Reichswehr Unmut. Aus der Botschaft in Paris meldete der Gesandtschaftsrat Dirk Forster (mit Gegenzeichnung des Botschafters Leopold von Hoesch) mit militärischer Prägnanz: «Hatte mehrfach im Laufe meiner hiesigen Besprechungen Gelegenheit, äußerst ungünstige Wirkungen festzustellen, die gerade jetzt in Deutschland wieder auflebende Pressekampagne über Schwarze Reichswehr ausübt. . . . Wie sollen schwierige Verhandlungen zu gutem Ende geführt werden, wenn deutsche Presse fortlaufend ausländischen Gegnern einer Verständigung Material liefert? Ist es nicht möglich zu erreichen, daß die deutsche Presse wenigstens während kurzen Augenblicks Endkampfes im Interesse des von ganz Deutschland erwünschten Ziels innerpolitische Streitigkeiten zurückstellt?» (I 2 D. 217, S. 505/6).

Der Eintritt des Reiches in den Völkerbund war gewiß ein wichtiges Ereignis. Bei der Ministerbesprechung in der Reichskanzlei vom 20. 9. 1926 kamen deutsche Empfindlichkeiten wieder zum Ausdruck, die schon früher das deutsche Taktieren beeinflußt hatten. Staatssekretär Dr. Hermann Pünder berichtete über die Wahlen in den Völkerbundsrat und die von der deutschen Delegation getätigten Stimmabgaben. Über die verschiedenen kandidierenden Staaten wurden u. a. folgende tiefschürfende Qualifikationen mitgeteilt: «Von Columbien war eben der Bericht des früheren Herrn Reichskanzlers Dr. Luther eingegangen, der besagt, mit welch überaus großem Enthusiasmus er gerade in Columbien aufgenommen worden sei, daß Columbien keinen andern Wunsch hätte, als die gesamten staatlichen Einrichtungen nach deutschem Muster auszubauen, und Wert darauf legte, im engsten Einvernehmen mit Deutschland im Völkerbund zu arbeiten, obschon es mit Deutschland im Krieg gelegen hat, wie überhaupt oberster Grundsatz der Beurteilung dieser Fragen sein muß, daß es falsch ist, einfach zu sagen: Mit dem Land hat Deutschland Krieg geführt, dieses Land gehört der Entente an, jenes nicht.» Doch kurz darauf heißt es: «Salvador ist eines der wenigen Länder, mit denen Deutschland wirklich keinen Krieg geführt hat; es ist also vollkommen einwandfrei» (I 2 D. 95, S. 215).

So finden wir im Band B I 2 der Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 ein breites Spektrum von Quellen, die uns auf den im Jahre 1926 scharfen Gegensatz zwischen nationalen Egoismen und internationaler Solidarität hinweisen.

Die beiden Halbbände B II 1 und B II 2 gelten demselben Zeitraum von Dezember 1925 bis Dezember 1926 wie die beiden ersten, dokumentieren aber die Beziehungen Deutschlands zu den osteuropäischen Staaten. In den Mittelpunkt des ersten Halbbandes treten die deutsch-russischen Verhandlungen, die zum Abschluß des sog. Berliner Vertrages führten. Ein weiteres

größeres Thema bilden die deutsch-polnischen Beziehungen, die mit den Stichworten polnische Westgrenze und Entdeutschungspolitik in den ehemals deutschen Gebieten umrissen werden können. Eine Karte verdeutlicht die auf ethnischer Grundlage erhobenen deutschen Revisionswünsche. Die deutschen Beziehungen zu Litauen, Lettland und Danzig stehen im Schatten der oben erwähnten Auseinandersetzungen mit der UdSSR und Polen.

Nach dem Locarno-Vertrag drängte die UdSSR auf ein Abkommen mit ihr. Das Feilschen um diesen Vertrag vollzog sich nicht nur zwischen dem Reich und den sich äußerst stark gebenden Russen, sondern auch innerhalb der Reichsregierung, wobei vor allem der deutsche Botschafter in Moskau, Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, mit allen Mitteln sein Konzept dem Kabinett aufzudrängen trachtete. Es war nicht von der Hand zu weisen, daß der Berliner Vertrag die Westmächte an der Aufrichtigkeit der deutschen Annäherung an den Westen zweifeln liess, doch war es ausgerechnet Briand, der in freundnachbarlicher Weise die Deutschen über die französisch-russischen Besprechungen orientierte. Der französische Geschäftsträger in Berlin wußte zu berichten, «Tschitscherin habe in Paris erklärt, daß Rußland von den friedlichsten Absichten erfüllt sei. Es denke nicht daran, etwa Polen oder Rumänien anzugreifen, wie ihm unterstellt werde. Vielmehr liege ihm daran, in friedlichem Zusammenwirken mit andern Nationen den Weg seiner Entwicklung weiterzugehen» (II 1 D. 16 S. 57). Stresemann antwortete dem Franzosen, «die friedlichen Absichten Rußlands gingen auch aus dem Wunsch der russischen Regierung hervor, mit der deutschen Reichsregierung in Verhandlungen einzutreten, die auf den Verzicht auf Krieg, Gewalt und Einbruch Bezug nähmen» (II 1 D. 16 S. 58). Über die Nützlichkeit eines deutsch-russischen Gewaltverzichtabkommens entbrannte unter den deutschen Politikern eine lebhaft Auseinandersetzung. Der deutsche Botschafter in Paris war der Meinung, der Locarno-Vertrag sei keine deutsche Option für den Westen gewesen und bedürfe keines Ausgleichs durch einen Vertrag mit der Sowjetunion, deren Regierung lediglich die Absicht habe, ein sich anbahnendes Vertrauensverhältnis zwischen Deutschland und den Westmächten zu stören und Mißtrauen gegen Deutschland zu wecken (II 1 D. 25 S. 81/85). Deshalb solle auch nur ein einfaches Protokoll unterzeichnet werden (II 1 D. 41 S. 120/126). Botschaftsrat Dufour aus London fürchtete, in seiner neuen Fassung können das Protokoll nicht nur als einfaches Protokoll, sondern als ein Neutralitätsabkommen angesehen werden (II 1 D. 26 S. 126–128), und sein Chef, Botschafter Sthamer, glaubte an ein Wiederaufleben des Rapallo-Rummels in England (II 1 D. 46 S. 136 bis 138). Die deutschen Gegner eines Abkommens mit der UdSSR verwiesen auf die Kaukasuszwischenfälle. Sowjetische Polizisten hatten nämlich versiegelte Schriftstücke deutscher Generalkonsulate erbrochen (II 1 D. 51 S. 151ff.). Parallel zu den deutsch-russischen gab es auch deutsch-polnische sowie russisch-polnische Verhandlungen. Brockdorff drohte Tschitscherin, «daß eine Garantierung der Westgrenze Polens durch Rußland selbstver-

ständig einer Kündigung des deutsch-russischen Freundschaftsverhältnisses gleichkomme» (II 1 D. 75 S. 204). Und sehr bestimmt wußte er dann am 4. März 1926 nach Berlin zu berichten: «An einem Ost-Locarno wird die Sowjetunion sich niemals beteiligen» (II 1 D. 75 S. 203). Doch schon drei Tage später ging aus einem Telegramm Brockdorffs hervor, daß Tschitscherin den deutschen Botschafter über die Verhandlungen mit Polen falsch orientiert hatte (II 1 D. 79 S. 210). Eine gewisse, wohl bewußt vorgespiegelte Naivität in der Beurteilung des totalitären Charakters der UdSSR zeigt sich in einem Telegramm Stresemanns, der zwischen Sowjetpresse und Sowjetregierung differenzierte. «Ich habe Gelegenheit benutzt, um anhand dortiger Telegramme über die gegen unsere Haltung in Genf gerichtete maßlose russische Presseagitation Beschwerde zu führen und mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß Sowjetregierung in Interesse freundschaftlicher Beziehungen derartiger Agitation gerade jetzt hätte wirkungsvoll entgegentreten müssen» (II 1 D. 93 S. 235/236). Ähnlich erstaunlich erscheinen die Äußerungen des Staatssekretärs Schubert gegenüber dem amerikanischen Botschafter: «Wir [Deutsche] hätten die Erfahrung gemacht, daß wir den in Deutschland immer noch sehr gefährlichen Kommunismus, der von Rußland genährt würde, dann besser bekämpfen könnten, wenn wir mit Rußland gut ständen» (II 1 D. 112. S. 281). So kam es dann nach einigem Hin und Her zum Gewaltverzichtabkommen, genannt Berliner Vertrag vom 24. April 1926, wobei die UdSSR in der Formulierung ihre Wünsche im wesentlichen durchsetzen konnte (II 1 D. 168, S. 402–406). Wenig begeistert war Briand, der sagte, «daß man ihm einen für seinen schwachen Magen schwerverdaulichen Brocken zu schlucken gegeben habe» (II 1 D. 160, S. 388).

Die deutsch-polnischen Beziehungen standen in enger Wechselwirkung mit dem Verhältnis beider Staaten zur UdSSR. Es galt für die deutsche Außenpolitik – wie schon erwähnt – ein Ost-Locarno zu verhindern. Beim Empfang des Bundes deutscher Ostverbände äußerte sich Stresemann recht deutlich: «Da ein militärisches Eingreifen gegen Polen nicht in Frage käme, bliebe nur die Möglichkeit, die Welt für den Gedanken zu gewinnen, daß Polen in seiner jetzigen Gestalt und insbesondere die ungerechte Grenzziehung im deutschen Osten eine Gefährdung des europäischen Friedens bildeten» (D. 19, S. 64). Viele Dokumente zeigen dieses deutsche Bestreben, Polen zu isolieren und unter Druck zu nehmen. Um die sukzessive, durchaus vertragswidrige Austreibung der Deutschen aus Oberschlesien und dem Korridor aufzuhalten, wollte man sich bei den Handelsvertragsverhandlungen starkmachen, da ja rund die Hälfte des polnischen Exportes nach Deutschland ging. Ausländische Hilfe an das in einer Finanzkrise steckende Polen versuchte man zu verhindern oder für den Schutz der deutschen Minderheiten zu nutzen. Im Gespräch mit dem Governor der Bank von England über allfällige englische Finanzhilfe an Polen äußerte sich der deutsche Botschaftsrat Dufour in London, «daß es nach seinem Dafürhalten

richtiger sein würde, die Frage der finanziellen Wiederherstellung Polens nicht nur rein finanziell-geschäftlich, sondern auch als eine hochpolitische Angelegenheit zu behandeln». Dufour fragte den Governor, «ob es denn nicht ratsamer wäre, die Gewährung großer Geldsummen an Polen von der Regelung der deutsch-polnischen Grenzen abhängig zu machen» (II 1 D. 72, S. 195). Die Instruktionen Stresemanns für die Botschaft in London waren eindeutig: «Es wird also, in der großen Linie gesehen, unser Ziel sein müssen, eine endgültige und dauerhafte Sanierung Polens so lange hinauszuschieben, bis das Land für eine unseren Wünschen entsprechende Regelung der Grenzfrage reif und bis unsere politische Machtstellung genügend gekräftigt ist» (II 1 D. 150, S. 364). Doch zeigte sich bald das Fehlschlagen der deutschen Politik. Lampson vom Foreign Office sagte dies unmißverständlich: «daß Deutschlands Beteiligung an einer finanziellen Sanierung Polens doch erwünscht sei, schon weil zu erwarten sei, daß dadurch eine Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen herbeigeführt werden könne; aber Deutschland dürfe nicht glauben oder gar fordern, daß Regelung der Frage der deutsch-polnischen Grenze mit der finanziellen Sanierung Polens verquickt werden solle» (II 1 D. 208, S. 473/74). So änderte sich nichts am deutsch-polnischen Verhältnis.

Das Reich bemühte sich, die UdSSR zu den Abrüstungsverhandlungen in Genf herbeizuziehen. Voraussetzung war eine Entspannung des durch die Worowsky-Affäre belasteten schweizerisch-sowjetischen Verhältnisses. Bald mußte aber das Reich feststellen, daß eine französische Vermittlung schon im Gange war, ohne daß die Russen es für nötig fanden, die Deutschen zu orientieren. Über diese Illoyalität war man im Auswärtigen Amt sehr empört (II 1 D. 29, S. 90–92, D. 38, S. 113–114). So wird man sagen dürfen, daß trotz des Berliner Vertrages die deutsch-sowjetischen Beziehungen kaum besser wurden; das Gegenteil war der Fall, wie der zweite Halbband zeigt.

Im zweiten Halbband ADAP B II 2 wird die deutsche Ostpolitik für die zweite Jahreshälfte 1926 dokumentiert. Wiederum stehen die deutschen Beziehungen zur UdSSR und zu Polen im Vordergrund. Im rückwärts orientierten Wunschdenken glaubte das Auswärtige Amt Bismarcksche Politik treiben zu können, aber Graf Brockdorff-Rantzau mußte in einem Immediatbericht an den Reichspräsidenten zugeben – und sei es auch nur, um sein Super-Diplomaten-Image weiter aufzubauen: «Eine reine Freude, mit den hiesigen Herrschaften zu arbeiten, wird es allerdings nie sein. ... Bei der Sprunghaftigkeit und traditionslosen Skrupellosigkeit der hiesigen Regierung wird es allerdings immer schwer sein, den Faden zwischen Berlin und Moskau weiter zu spinnen – ein Draht, wie er früher zwischen Berlin und St. Petersburg bestand, ist er nicht –; trotzdem bleibt ein gutes Verhältnis zu Rußland nach meiner Überzeugung für uns das einzige Mittel, dem deutschen Volke die Weltgeltung wieder zu schaffen, die ihm gebührt, und allmählich eine selbständige auswärtige Politik zu ermöglichen» (II 2 D. 41,

S. 98, 99/100). Nach dem Abschluß des Berliner Vertrages kam es sehr bald zu einem Konflikt zwischen dem Reich und der UdSSR wegen des Austausches politischer Gefangener. Die Sowjetregierung wünschte u. a. die Auslieferung des Sowjetrussen Peter Skoblewski, der in Deutschland Sabotage betrieben hatte und von den Deutschen zum Tode verurteilt, dann aber zu Zuchthaus auf Lebenszeit begnadigt worden war. Brockdorff berichtete über die Angelegenheit an Stresemann: «Wenn die Auslieferung Skoblewskis in Frage gestellt wird, unterliegt es keinem Zweifel, daß die Sowjetregierung, ihren Gepflogenheiten entsprechend, mit rücksichtsloser Brutalität vorgehen wird. Es ist daher zu besorgen, daß sie uns in skrupelloser Weise ... vor der gesamten Öffentlichkeit bloßstellen wird. ... Wir setzen uns dadurch der Gefahr aus, ... daß ... der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auf diese Weise verhindert werden würde» (II 2 D. 38, S. 91/92). Brockdorff spielt hier auf die Umgehung der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages an, welche sich die Reichswehr mit Hilfe der Sowjetunion zuschulden kommen ließ und die dem Kabinett bekannt sein mußte. Im März 1926 waren einige deutsche Schiffe im Finnischen Meerbusen in Eisnot geraten. Ihre Ladung mußte umgeladen werden. Dabei stellten die Finnen fest, daß Material für Flugzeuge und für Giftgasherstellung nach der Sowjetunion geschickt wurde (II 2 D. 38, S. 93/95). Aus vielen weiteren Dokumenten geht die rege militärische Tätigkeit der Reichswehr in der Sowjetunion hervor, die «zweifelloos Verstöße ... gegen Artikel des Versailler Vertrages» waren (II 2 D. 52, S. 118). So bezog man Munition aus der UdSSR, schulte in Lipzsek auf annähernd hundert «Fokkern» deutsche Piloten, errichtete eine Giftgasfabrik, betrieb Tanklehrkurse, investierte in Anlagen der Junkers-Werke usw. (II 2 D. 53, S. 120). Die Russen versicherten sich weiterer Druckmittel, indem sie mehrere Deutsche verhafteten.

Auch hier verzichtete die deutsche Diplomatie, den totalitären Charakter des Sowjetsystems zu erkennen, unterschied sie doch zwischen Staat und Partei: «Die Sowjetregierung würde durch die von ihr im Zusammenhang mit dem deutsch-russischen Vertrage vorgeschlagene Ablehnung der Bereinigung nicht nur persönlich stark verärgert werden, sondern auch der Kommunistischen Partei Rußlands gegenüber außerordentlich viel an Autorität einbüßen. ... Bisher ist es Tschitscherin im Hinblick auf die erwartete Ausweisung der in Deutschland in Haft befindlichen russischen politischen Verbrecher, insbesondere Skoblewskis, gelungen, die Kommunistische Partei, die sich die Gelegenheit bequemer politischer Propaganda nur ungern entgehen ließe, in Schach zu halten. ... Erfahrungsgemäß reicht ... der Einfluß der Sowjetregierung nicht aus, um die Partei von den übelsten Hemmungslosigkeiten zurückzuhalten» (II 2 D. 48, S. 110). Den verhafteten Deutschen wurde das übliche vorgeworfen: Bestechung, Spionage. Nun zeigte sich aber, daß der damalige Reichswehrminister Geßler nicht bereit war, sich von den Russen erpressen zu lassen und seine Zustimmung zur Begnadigung Skoblewskis zu geben. Ob man sich dabei die Aus-

schaltung der prorussischen Gruppe aus der Reichswehr erhoffte, läßt sich aus den Dokumenten nicht erschließen. Major Fischer erklärte die Einstellung des Reichswehrministeriums u. a. damit: «Es sei nicht die geringste Gewähr gegeben, daß die Russen nicht nach Bereinigung dieser Straffälle dasselbe Erpressungsverfahren später erneut wieder aufnehmen würden» (II 2 D. 54, S. 121). Brockdorff versuchte, wenig wählerisch, Geßler umzustimmen: «Völlig unverständlich ist mir die Haltung des offenbar gänzlich unorientierten Reichswehrministers Geßler» (II 2 D. 55, S. 122). Dann mokierte er sich über den Fall Petrow; anscheinend erhielt nämlich im Reichswehrministerium ein Franzose, der sich als russischer Militärattaché ausgab, aber nicht einmal fließend russisch sprach, geheime Informationen. Zuletzt zitiert Brockdorff noch den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, um das Reichswehrministerium wegen leichtfertiger Unvorsichtigkeit als Sündenbock hinzustellen. Geßler, sehr gereizt, ließ sich in einem Gespräch mit Staatssekretär Schubert zu folgenden Worten hinreißen: «Wenn Deutsche in Rußland Unvorsichtigkeiten begangen haben und zum Tode verurteilt werden, sollten die Russen sie hinrichten. Er lege nicht den geringsten Wert auf ihre Freilassung, im Gegenteil, er würde gerne noch eine Anzahl anderer Deutscher nach Rußland deportieren» (II 2 D. 56, S. 130). Und in einer Zusammenkunft mit dem Reichskanzler Marx betonte Geßler: «Russen haben ein größeres Interesse als wir. Wenn Russen durch militärische Sache Freibrief zur Erpressung haben, muß militärische Sache beendet werden: Reichskanzler muß Militär über Klinge springen lassen» (II 2 D. 57, S. 131). Stresemann verlangte vom Reichskanzler eine außerordentliche Sitzung des Reichskabinetts. Er fürchtete, «daß unsere ganze Außenpolitik in einem Augenblick, in dem sie zu einem gewissen Abschluß kommt, aufs Spiel gesetzt werden kann» (II 2 D. 63, S. 142). Diese Sitzung fand dann am 12. August 1926 statt. «Nach längerer Debatte stimmte das Reichskabinett dem Antrag des Reichsministers des Auswärtigen zu ... gegen die Stimme des Reichswehrministeriums» (II 2 D. 83 S. 190, Fußnote 15). Skoblewski und drei weitere Gefangene wurden vom Reichspräsidenten begnadigt. Um die Freilassung von 14 Deutschen zu erreichen, mußte die deutsche Diplomatie allerdings noch recht aktiv werden (II 2 D. 99, S. 241). Aber der Eintritt des Reiches in den Völkerbund wurde durch keine Moskowiter Schauprozesse gefährdet. Und die Reichswehr trieb weiterhin munter «Außenpolitik» ...

Es erübrigt sich, auf die Beziehungen Deutschlands zu den andern Oststaaten einzutreten, weil sich keine neuen Probleme stellten oder wichtige Entscheidungen fielen. Zu den Zuständen in Oberschlesien wird mit Genugtuung vermerkt, daß der Präsident der Gemischten Kommission, alt Bundesrat Felix Calonder, festgestellt habe, daß die Ungültigkeitserklärungen polnischer Behörden bei Anmeldungen für die deutschen Minderheitenschulen in Oberschlesien zu Unrecht erfolgt seien (II 2 D. 178, S. 454).

Der Band III der Reihe B der Akten zur deutschen Auswärtigen Politik

beschlägt den gleichen Zeitraum wie die bisher erschienenen vier Bände, nämlich die Zeit vom Dezember 1925 bis zum Dezember 1926. Deutschlands Beziehungen zu Süd- und Südosteuropa, Skandinavien, aber auch zu Vorderasien, Afrika, Lateinamerika und den Vereinigten Staaten werden erschlossen, so dass eine Vielzahl von Problemen zur Behandlung kommt. Wegen der zur Verfügung stehenden großen Zahl von Schriftstücken sind die Bearbeiter dieses Bandes dazu übergegangen, viele Dokumente nur in Fußnoten aufzuführen oder gekürzt – z. B. ohne Anlagen – wiederzugeben. Da das Bundesarchiv in Koblenz und die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften mit der Veröffentlichung der Akten der Reichskanzlei begonnen haben, wurden im Band B III Kabinettsprotokolle von außenpolitischem Interesse lediglich in den Anmerkungen – meist stark gekürzt – aufgenommen, wenn man von wenigen Ausnahmen absieht, wo sie als Hauptdokumente abgedruckt sind.

Breiten Raum nimmt eine vielschichtige Diskussion um die Presse ein, die man direkt (durch Geld wie z. B. D. 36, S. 73/74) oder indirekt (durch verbalen Druck) im Sinne des Auswärtigen Amtes zu manipulieren versuchte. Diese Tendenz zeigt sich z. B. ganz deutlich bei der Südtirolfrage, als das faschistische Italien eine Italianisierungspolitik einleitete. Jeglicher deutschsprachige Schul- und Privatunterricht wurde verboten, Denkmäler baute man ab, Familiennamen italianisierte man, auch das Umbetten der Weltkriegstoten diente dem faschistischen Selbstverständnis. In der deutschen Presse gab man sich sehr empört, und die Deutschnationalen, bislang stramme Bewunderer des «zackichten» Duce, brachten im Reichstag eine Interpellation ein. Über das Wesen des Faschismus gab man sich zwar wenig Illusionen hin, redete sich aber doch ein – mit einer gegenüber dem Sowjetsystem ebenfalls ausgeübten Schizophrenie –, Mussolini und Faschisten seien zweierlei. Zwar notierte der deutsche Botschafter in Rom, Konstantin von Neurath, daß die «säbelklirrenden Reden Mussolinis seinen Anhängern die Köpfe vollends verwirrte» (III D. 7, S. 17), glaubte aber, die deutsche Presse «vor einer maßlosen Polemik warnen» (III D. 11, S. 27) zu müssen. «Nur dann besteht Hoffnung, bei Mussolini Verständnis für die Notwendigkeit zu erzielen, auch seinerseits zur Beruhigung beizutragen» (III D. 11, S. 27). Auch der zu Besuch in Berlin weilende österreichische Bundeskanzler Ramek erklärte sich das italienische Vorgehen daraus, daß die Mailänder Nebenregierung (d. h. die faschistische Pateizentrale) immer mehr Macht und Einfluß auf Kosten der Regierung in Rom gewinne, auch wenn er die Auffassung vertrat, «daß Mussolini einen dauernden Herd der Unruhe bilde» (III D. 105, S. 207). Zwischen der Reichsregierung und dem Gesandten Neurath kam es zu einem Disput, weil Neurath ein Engagement des Reiches, auch seiner Presse, Südtirols wegen, ablehnte. Ein solches Einstehen für Südtirol würde das deutsch-italienische Verhältnis belasten (III, u. a. D. 3, 13, 15, 20, 24). Neurath fürchtete, daß die Pressepolemik die Unterstützung Italiens bei deutschen Differenzen mit Frankreich und England vereiteln

könnte. In einer ausführlichen Weisung wägte Stresemann die Beschwerden der Südtiroler gegen die Tendenz einer weiteren Verbesserung der deutsch-italienischen Beziehungen einschließlich einer Begegnung mit Mussolini ab. «Seinerzeit gelang es, die Öffentlichkeit zu beruhigen, weil wir darauf hinweisen konnten, daß die über Südtirol verbreiteten Nachrichten zum größten Teil übertrieben waren. . . . Jetzt, wo es sich um konkrete Maßnahmen der italienischen Behörden handelt, wird es . . . für uns fast unmöglich sein, das Wiederaufleben einer scharfen Polemik zu unterdrücken» (III D. 208, S. 415). Doch blieb es bei Tröstungen der Presse für die Südtiroler. Auch die Kirche zeigte kein Verständnis für die Beibehaltung der angestammten Sprache der Südtiroler. Botschafter von Bergen berichtete an das Auswärtige Amt, «daß sich die Kurie nur insoweit für die Beibehaltung des Religionsunterrichtes in deutscher Sprache einsetzen dürfte, als es sich um Schulkinder handelt, die tatsächlich des Italienischen noch nicht genügend mächtig sind, um dem Unterricht folgen zu können, oder als die Gefahr besteht, daß wegen Ermangelung italienischer Geistlicher in der dortigen Gegend, die Geistlichen durch Laien in der Erteilung des Religionsunterrichts ersetzt werden» (III D. 197, S. 397). Eine antiitalienische Boykottbewegung in Deutschland wegen der faschistischen Südtirolpolitik beschränkte sich nach Auffassung des Reichswirtschaftsministeriums «auf unverantwortliche Kreise im Publikum, z. B. Schüler und Studenten und dgl.» (III D. 93, S. 175). Die größte Sorge des römischen Diktators war aber ein möglicher Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich; die deutsche Regierung dachte aber zu diesem Zeitpunkt nicht daran, wie sich aus den Dokumenten ergibt. Nicht einmal eine Zollunion, erst fünf Jahre später, 1931, versucht, kam in Frage, wie dies aus deutschen Aufzeichnungen im Zusammenhang mit dem Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in Berlin am 24. 3. 1926 hervorgeht (III D. 98, S. 190). So kam es nach längeren Verhandlungen, trotz Südtirol- und Österreich-Polemik, am 29. Dezember 1926 zum Abschluß eines deutsch-italienischen Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrages (III D. 249, S. 497 ff.).

Neues deutsches Selbstbewußtsein zeigte sich in der emsigen Tätigkeit der Kriegsmarine. Zwar warnte der deutsche Botschafter in Washington vor der Entsendung eines Marineattachés, da Prozesse gegen Saboteure, die im Ersten Weltkrieg anscheinend die Unterstützung der deutschen Attachés genossen hatten, noch nicht abgeschlossen waren (III D. 73, S. 133/134); dagegen buchte man die Flottenbesuche in Portugal und in Spanien als Erfolg und schwärmte von den Empfängen im Madrider Königsschloß (III D. 146, S. 307 ff.). Gegen entsprechende Schiffsbesuche in Kuba opponierte der deutsche Gesandte (III D. 26, S. 55 ff.), während in Guatemala beim Besuch des deutschen Kreuzers «Hamburg» die USA mit gleichzeitiger Präsenz der «Rochester» nach der Meinung des Gesandten in Guatemala-City wahrscheinlich zeigen wollten, «sie seien hier die Herren» (III D. 137, S. 282 ff.). Die Idee einer deutschen Marinerüstung in Spanien – entsprechend

der Tätigkeit der Reichswehr in der UdSSR – stieß auf den Widerstand des Auswärtigen Amtes, blieb aber im Gespräch (III D. 112, S. 231ff., D. 246, S. 493ff.).

Im Band III der ADAP, von dessen zahllosen Problemen hier nur zwei angeschnitten worden sind, zeigt sich das breite Spektrum deutscher Außenpolitik, die vom Gegensatz zwischen Ideologie und Opportunismus geprägt war, was sich etwa am Beispiel Südtirol offenbart, wo man zwischen den Sympathien für die Südtiroler und der Gewinnung der Freundschaft Mussolinis anscheinend zu wählen hatte.

Die Herausgeber haben sich zum Ziel gesetzt, ein möglichst vollständiges Bild der deutschen auswärtigen Politik der Jahre 1918 bis 1945 zu geben. Die bis jetzt vorliegenden Bände der Serie B der ADAP zeigen, daß ihnen dies für die hier dargestellten Jahre vollauf geglückt ist.

Zürich

Boris Schneider

MODRIS EKSTEINS, *Theodor Heuß und die Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Liberalismus*. Stuttgart, Klett, 1969. Übers. aus dem Engl. von Johannes Voigt. (Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik, Bd. 3.)

Premier Président de la République fédérale allemande, Theodor Heuss a déjà eu auparavant un solide passé démocratique, puisqu'il a été député au Reichstag pendant huit ans et membre du parti démocratique allemand qui s'identifie le mieux à la République de Weimar. Eksteins fait revivre au travers de Heuss le tragique destin de ce parti qui n'a pas réussi à s'implanter dans les cadres politiques de l'Allemagne entre 1919 et 1933. En admettant avec l'auteur que Heuss donne une image fidèle des démocrates authentiques de son époque, cet ouvrage dépasse le simple intérêt pour la vie d'un homme qui a en fin de compte peu marqué l'histoire de son pays avant d'en être le président.

L'ouvrage se divise en deux parties dont la première, sur la base des riches archives déposées à Stuttgart, raconte la vie de Heuss – sur le plan politique uniquement –, et de ses opinions. Ce Wurtembergeois de famille bourgeoise à vieilles traditions libérales a été fortement marqué par le *socialiste de la chaire* Brentano et, plus encore, par Naumann et son rêve de réunion des ouvriers et des bourgeois dans une idéologie démocratique et patriotique commune. Journaliste, coresponsable de la Hochschule für Politik, élu au Reichstag en 1924, 1930 et 1933, il prit position sur la plupart des grands problèmes qui se posèrent à son pays et à son parti. Partisan modéré de la république à son origine, et de la Constitution de Weimar, il les défendit vigoureusement parce qu'il jugeait la démocratie comme vraiment allemande et non artificiellement transplantée. Il s'est réjoui de leurs victoires dans leurs crises d'enfance, puis, dès 1924, lorsque la stabilité du régime paraît assurée. Mais à chaque élection, son parti perd des voix et des sièges, ce qui l'incite avec d'autres libéraux à